

Pressemitteilung:

21. September 2009

Archäologie, Denkmalschutz und Bildung in
Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2009



Eindeutige politische Lager sind nur bedingt erkennbar – Fragen und Antworten zur Zukunft von Archäologie und Denkmalpflege

Viele Farbenspiele bei Koalitionen scheinen möglich

Die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte (DGUF) hat die im Bundestag vertretenen Parteien erstmals vor einer Wahl zu Themen von Archäologie, Denkmalpflege und Kulturlandschaftsschutz befragt und sehr fundierte Antworten erhalten. „Bei den Fragen zu Archäologie und Denkmalschutz verwischen die Grenzen scheinbar klarer politischer Lager“, so der stellvertretende Vorsitzende der DGUF Dr. Christian Möller. „Letztlich scheinen danach betrachtet viele Farbenspiele für Koalitionen möglich“, so Möller weiter. Das Bild zweier klarer politischer Lager entspräche nicht recht den kulturpolitischen Realitäten und schon gar nicht den Erfahrungen aus bisherigen Abstimmungen. So hätte beispielsweise ein Antrag der FDP für das Staatsziel Kultur im Grundgesetz die Zustimmung der LINKE gefunden, während die anderen Parteien dies aus verschiedenen Gründen abgelehnt hatten. Dass dieses wichtige und richtige Ziel nicht verwirklicht werden konnte, sei in Anbetracht der aktuellen Wahlprogramme kaum nachvollziehbar.

Zurückhaltung auf europäischer Ebene

Die derzeit regierenden Parteien weisen auf die Erfolge ihrer Arbeit hin, so des Beauftragten für Kultur und Medien von der CDU oder des Deutschen Archäologischen Instituts im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts, dass die SPD mit konkreten Schritten weiter stärken möchte. Das von der DGUF als besonders wichtig eingestufte Thema des Bürgerschaftlichen Engagements im Denkmalschutz wird von allen Parteien im Grundsatz unterstützt, allerdings in Bezug auf die Voraussetzungen dafür verschieden bewertet. Ebenso spannend sind aus Sicht der Archäologen die Positionen der Parteien zu den europäischen und internationalen Verpflichtungen. In diesem Zusammenhang verweist die DGUF auf die nach dem Lissabon-Vertrag gestiegene Verantwortung des Bundestages zur Mitwirkung auf europäischer Ebene. In praktischen Fragen der Umsetzung europäischen und internationalen Rechts zeigen sich CDU/CSU mit sorgfältiger Begründung etwas

zurückhaltender als FDP und SPD und besonders LINKE und GRÜNE, die internationale Vereinbarungen und ihre verbindliche Umsetzung in nationales deutsches Recht grundsätzlich befürworten. Letztlich sei das aber nicht überraschend, das habe sich auch schon in der vergangenen Legislatur gezeigt, insbesondere in der Debatte zur Umsetzung der UNESCO-Welterbekonvention.

Klare Unterschiede bei der Bildung – Orientierung zur Wahl möglich

„Vor allem bei den Themen von Archäologie und Denkmalschutz ist es notwendig, sich ein Stück weit von altbekannten Klischees frei zu machen,“ so Möller weiter.

„Hier zeigen sich manche Brücken zwischen den Parteien, die ganz aktuell kaum erkennbar erscheinen“. Hier sei wichtig, dass alle Parteien klar die Bedeutung von Archäologie und Denkmalschutz in der Gesellschaft und für die internationale Zusammenarbeit erkannt hätten. Das sei gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen für alle an Archäologie und Denkmalschutz Interessierten wichtig zu wissen. Unterschiede seien in vielen Fragen gleichwohl erkennbar, insbesondere bei der universitären Bildung. Während die FDP den von Studierenden geforderten freien Zugang zum Masterstudium als systemfremd ablehnt und die CDU diese Forderungen noch prüfen möchte, stimmen SPD, LINKE und GRÜNE mit der Forderung der Studierenden bereits überein. Die DGUF sieht insgesamt, dass noch Unentschlossene ihre Wahlentscheidung an den Antworten durchaus orientieren könnten. Klassisches Lagerdenken sei bei Kulturfragen allerdings fehl am Platze. *„Wir werden zukünftig beobachten und nachfragen, wie und unter welchen Rahmenbedingungen wir Archäologen die Zukunft unserer Gesellschaft durch das Wissen um die Vergangenheit mitgestalten können, das sei der Auftrag der Archäologie, hier trägt auch der zukünftige Bundestag Verantwortung“*, so Möller abschließend.

Weiterführende Info unter www.dguf.de (Wahlprüfsteine unter „Aktuelles“)

Kontakt: Dr. Christian Möller (christian.moeller@dguf.de oder Tel. 0151 12 51 44 97)